

75 JAHRE KAPITULATION VOR DER WIRKLICHKEIT

Betrachtungen zu einem Jubiläum der
Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Johannes Weyer, Marburg

Das Jahr 1984 bietet der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der maßgeblichen Standesvertretung der bundesdeutschen Soziologen, in mehrfacher Hinsicht Anlaß zum Nachdenken. Genau 75 Jahre sind seit Gründung des Verbandes vergangen, und genau vor 50 Jahren fand die "Stilllegung" der Organisation statt, ein Ereignis, dessen Hergang heute immer noch nicht zufriedenstellend geklärt ist. Gefragt werden soll in den folgenden Betrachtungen weniger danach, inwiefern die bundesdeutsche Soziologie ihre Geschichte und vor allem diese beiden Daten 1909 und 1934 aufgearbeitet hat; vielmehr soll der Versuch einer Bilanz von 75 Jahren Organisationsgeschichte unternommen werden mit dem Ziel, die heutige Leistungsfähigkeit der Profession präziser beurteilen zu können. Die diesen Überlegungen zugrundeliegende These lautet, daß die bundesdeutsche Soziologie im Jahre 1984 sich in einer Phase des Umbruchs und der Neuorientierung befindet, die strukturelle Ähnlichkeiten mit anderen historischen und organisationspolitischen Umbruchsituationen aufweist. Sich diese Stationen genauer zu vergegenwärtigen und das Verhältnis von gesellschaftlichen Anforderungen und soziologischen Problemlösungsstrategien zu analysieren, kann demnach bedeuten, die Wirksamkeit und den Erfolg heutiger Orientierungen zur Überwindung der "gesellschaftlichen Irrelevanz soziologischer Forschung" und deren "Stagnation auf mittlerem Niveau"² fundierter einzuschätzen.

1909: Sozialpolitisches Engagement oder "reine" Wissenschaft?

Die Anfang 1909 erfolgte Abspaltung der DGS von der zur damaligen Zeit dominanten Organisation von Sozialwissenschaftlern, dem Verein für Socialpolitik (VfS), ging auf unterschiedliche Impulse zurück, die kaum miteinander vereinbar waren. Der Österreicher Rudolf Goldscheid, der die Initiative zur DGS-Gründung ergriffen hatte, beabsichtigte, die Wissenschaft in den Dienst des Friedens und des gesellschaftlichen

Fortschritts zu stellen, während Max Weber mit dem Postulat der Werturteilsfreiheit die methodologischen und theoretischen Grundlagen der Disziplin sichern und festigen wollte. Beide Positionen stellen wichtige Weiterentwicklungen der sozialwissenschaftlichen Reflexion dar, bedurfte doch der unreflektierte Pragmatismus der industriesoziologischen Arbeiten seitens des VfS ebenso einer theoretischen Klärung, wie die sich zuspitzende Kriegsgefahr die Verantwortung der Wissenschaft für den Frieden deutlich machte.

Beide Konzepte – das Goldscheids wie auch das Max Webers – waren jedoch nur in einem Punkt konsensfähig, nämlich in der Abgrenzung vom VfS und der Einsicht in die Notwendigkeit einer organisatorischen Neugründung.

Betrachtet man aber das Resultat des Dissenses zwischen den beiden geschilderten Positionen, so wird deutlich, daß sich weder Webers Versuch, die Soziologie auf eine streng wissenschaftliche Grundlage zu stellen, noch Goldscheids Absicht, im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts politisch wirksam zu werden, durchsetzte, sondern eine dritte Richtung des "Weder-Noch" spätestens in den 20er Jahren das Profil der DGS prägte. Diese von Tönnies und v. Wiese repräsentierte Gruppe griff Webers Forderung nach Werturteilsfreiheit auf, um die Soziologie jeder praktischen Relevanz zu entledigen und unter dem Etikett der "reinen Wissenschaft" der DGS ein fachpolitisches Profil zu geben, das spekulative Theorie und dezidiert antidemokratische Positionen miteinander verband. Unpolitisch war diese Konzeption also keineswegs; bereits der Rückzug aus der Wirklichkeit und die sich daraus ergebende "praxisferne Ausrichtung"³ der Soziologie sind vor dem zeitgeschichtlichen Kontext als Politikum ersten Ranges zu begreifen. Das von Tönnies und v. Wiese etablierte soziologische Erkenntnisprogramm mit seiner abstrakt-überzeitlichen Tendenz und der Priorität der politischen und ideologischen Funktionalisierung ("Sinnstiftung") vor der fachlichen wie paradigmatischen Konsolidierung der Soziologie blieb für mehrere Jahrzehnte richtungweisend. Man mag den VfS wegen seiner politischen und ideologischen Ausrichtung kritisieren; er kann dennoch für sich beanspruchen, die Arbeitsbedingungen u.a. von Industriearbeitern zum ersten Mal auf breiter empirischer Grundlage erforscht zu haben. Webers und Goldscheids Programme sind konsequente Weiterentwicklungen dieses Konzeptes mit dem Ziel, methodologische bzw. ethisch-politische Defizite zu beheben. Die DGS-Führung hingegen benutzte den Werturteilsstreit, um die Soziologie gänzlich von ihrem Realitäts- und Praxisbezug zu reinigen und die abgehobene Spekulation jenseits aller gesellschaftlichen Verantwortung zur Programmatik der DGS zu erheben. Die durch den 1. Weltkrieg erzwungene Zäsur hat die Durchsetzung dieses Konzeptes erleichtert; denn der Wiederbeginn nach 1918 stand bereits unter der sich verstärkenden Dominanz der DGS-Honoratioren um Tönnies und v. Wiese.

1919: Die Demokratie hat nicht stattgefunden

Hatte die DGS vor 1914 die Abkehr von der Wirklichkeit zum Programm erhoben, so radikalisierte sie diesen Ansatz nach 1918 in der Weise, daß das bisherige Programm noch engstirniger verfolgt und die antidemokratische Haltung zugespitzt wurde. v. Wiese, der 1919 vom damaligen Kölner Oberbürgermeister Adenauer das erste soziologische Forschungsinstitut in Deutschland eingerichtet bekam, weil angesichts der

"drohenden sozialen Revolution"⁴ und der "Erfahrungen der inneren Unruhe des Jahres 1918"⁵ die sozialen Verhältnisse als forschungswürdig angesehen wurden, ergriff die Initiative zum Wiederaufbau. Organisationspolitisch markiert die 1922 erfolgte Satzungsänderung mit ihrer Beschränkung der Mitgliederzahl den Wandel der DGS zur "esoterische(n) Gelehrtengesellschaft"⁶ und deren Abwehr sogar einer fachinternen Öffentlichkeit. Ein straffes Management dieser nicht nach demokratischen Spielregeln aufgebauten Organisation verbürgte in Verbindung mit der Macht der Kölner "Zentrale", die über das Verbandsorgan "Kölner Vierteljahreshefte für Sozialwissenschaften" verfügte, eine Fortsetzung und Radikalisierung des Wissenschaftskonzeptes, das sich durch Spekulation, Realitätsferne und Demokratiefeindlichkeit auszeichnete.

Die Verhandlungen der Soziologentage in den 20er Jahren zeigen zwar, daß der Einfluß einer sich fortschrittlich verstehenden Wissenschaftsauffassung nicht gänzlich eliminiert werden konnte (das erreichte erst die Wissenschaftspolitik der Faschisten), doch konnte per Redner- und Themenauswahl verhindert werden, daß die unverbindliche "Sphäre des reinen Geistes"⁷ verlassen werden mußte. Es dominierte ein "Denken auf zwei Schienen"⁸ (hier Empirie, dort Theorie), das sich in der systematischen Nicht-Wahrnehmung der relevanten gesellschaftlichen Probleme und wissenschaftlichen Fragestellungen der damaligen Zeit durch die DGS-Soziologie manifestiert.

Der Streit, ob die Soziologie dadurch zeigte, daß sie selbst am Ende war, soll hier nicht aufgegriffen werden. In ihrer Absperrung gegen Demokratisierungsprozesse (innerverbandlicher wie gesellschaftspolitischer Art), in ihrem Versagen¹⁰ bei der Analyse der faschistischen Gefahr, in ihrem sich verstärkenden konservativen bis völkischen Gehabe, nicht zuletzt in der ideologischen Vorbereitung der 33er-Wende hat die DGS gezeigt, wo sie politisch steht und was die – gewollten oder ungewollten – politischen Implikationen der "reinen" Wissenschaft sind. Die Unfähigkeit, Realität empirisch zu erfassen und theoretisch zu deuten, machte die Soziologie mitverantwortlich für das Entstehen des Faschismus.

1934: Dem Faschismus nichts entgegensetzen

Als schlagender Beweis für die Unschuld der deutschen Soziologie mußte immer wieder die "Stillegung" der DGS durch Freyer im Jahre 1934 herhalten. Genau vor 50 Jahren verabschiedete sich der Soziologenverband DGS – sehr halbherzig übrigens¹² – aus dem Alltagsgeschäft angesichts einer politischen Entwicklung, die eindeutige Stellungnahmen verlangt hätte. Doch politische Entwicklungen wissenschaftlich fundiert zu beurteilen, dazu war die DGS weder vor 1933 noch danach in der Lage. Der Faschismus kam für sie unerwartet und – paradox genug – für viele langersehnt. Eine Definition der Aufgaben "reiner" und "freier" Wissenschaft gegenüber dem Faschismus konnte (und wollte?) keiner der DGS-Repräsentanten vornehmen. (Wieviel leichter war es ihnen gefallen, das Ghetto Wissenschaft gegen die Demokratie abzugrenzen!) Man ließ definieren und tat nach Ablehnung des den Faschisten angebotenen Kompromisses¹³ das, was auch ohne einen (belanglosen) Soziologenverband möglich war: Wissenschaft unter festgelegten ideologischen Prämissen und mit deutlichem Anwendungsbezug

zu betreiben. Die mangelnde Konsensfähigkeit dieses angepaßten (z.T. entsetzlich theorielosen) Programms von Soziologie innerhalb der Profession und dessen extreme Abweichung gegenüber der dogmatisch in den 20er Jahren fixierten DGS-Linie mögen erklären, warum die akademische Standesvertretung disfunktional wurde. Als Disziplinierungsinstrument innerhalb der Profession (Verteilung von Sanktionen und Gratifikationen) war sie überflüssig geworden; die Nazis kannten effektivere Methoden. Ein Forschungspool war sie ohnehin nie gewesen und als Forum der theoretischen Selbstverständigung wurde sie nicht mehr benötigt, war doch das theoretische Programm (qua NS-Ideologie) einheitlich und eine zusammenfassende Reflexion der partikularisierten Praxis der im Faschismus betriebenen anwendungsbezogenen Sozialforschung weder leistbar noch angesichts der Fülle der zu erledigenden Tages-Aufgaben unbedingt erforderlich. Eine der wesentlichen Funktionen des spekulativen Theoretisierens jenseits allen Realitätsbezuges in der DGS, die Abwehr demokratischer und sozialistischer Ideen und die Ausschaltung alternativer Konzepte, war auf den politischen Apparat übergegangen, der auch dafür gesorgt hatte, daß die Alternative, das Denken zur Kritik der Macht zu benutzen, in Deutschland nicht mehr existierte.

So verwundert es kaum, daß der Soziologenverband DGS 1934 bereitwillig vor den Faschisten kapitulierte, um sich danach um so intensiver auf die NS-Wirklichkeit einlassen zu können. Es hat trotz der "Stillelegung" der DGS eine recht aktive Soziologie im Faschismus gegeben (ja sie erfuhr in gewisser Weise sogar einen Aufschwung)¹⁵, und es hat auch Ansätze einer Verbandspolitik gegeben, etwa in der Vorbereitung des internationalen Soziologenkongresses 1939¹⁶. Nicht nur die jahrzehntelange Geheimniskrämerei und die "Stillelegung" - nach Freyers Angaben sind die Akten beim alliierten Bombenangriff auf Leipzig am 4.12.1943 zerstört worden¹⁷ -, sondern auch die bereitwillige (aktive oder passive) Einordnung in den gleichgeschalteten Wissenschaftsbetrieb verdeutlichen, wie belanglos der gerne zum Prinzip erhobene Dualismus von Geist und Macht ist. 1934 zeigt in erschreckender Weise, wie sich die Soziologen bereitwillig zu "nützlichen Idioten" machen ließen. Die instrumentelle Funktion, die das System der Wissenschaft zuschrieb, kennzeichnet folgendes Himmler-Zitat in nicht zu übertreffender Offenheit: "Die einzige Tatsache, die wichtig ist, und dafür werden diese Leute (die Professoren) bezahlt, solche Gedanken über Geschichte zu haben, die unser Volk in seinem notwendigen Nationalstolz bestärken."¹⁸ Auch Hitler selbst sprach in seiner Reichstagsrede vom 30.1.1937 aus, wie wenig ihm am Theoretisieren lag. In seinem Vorwurf an die "schlimmsten Theoretiker", durch ihren Dogmatismus "der menschlichen Fähigkeit und Arbeitskraft jene elastische Kraft zu nehmen, die sie allein in die Lage versetzt, wechselnden Anforderungen mit wechselnden Mitteln entgegenzutreten und ihrer so Herr zu werden"¹⁹, schimmert die Forderung an eine angepaßte, theorielose Wissenschaft durch, der Praxis mit wechselnden ad-hoc-Rezepten zu dienen.

Die Soziologen begannen - sicherlich auch angespornt durch die verstärkte materielle Förderung ihrer Arbeit -, Daten und Fakten zur sozialtechnologischen Bewältigung der im Faschismus anstehenden gesellschaftlichen, sozialen und politischen Probleme bereitzustellen, während sie auf das Nachdenken über die - von ihnen z.T. mitgestalteten - Zustände bereitwillig verzichteten.²⁰

1946: Mit aller Kraft westwärts

Hatten weder der 1. Weltkrieg noch die Machtübernahme des Faschismus bei den DGS-Soziologen ein Umdenken bewirkt, so wäre zu erwarten, daß die Erfahrung von Krieg und Faschismus in der Profession nicht ohne Resonanz geblieben sei. v.Wiese - nach 1945 wieder führender Repräsentant der Organisation - deutet dies selbst hinsichtlich der Werturteilsfrage an, wenn er schreibt: "Ein Ausschluß moralischer Werturteile wäre 1946 eine Sünde wider den heiligen Geist gewesen."²¹ Eine Um- und Neuorientierung schien also überfällig, doch fand diese nach 1945 (wie schon so oft in der DGS-Geschichte) wieder nicht statt. Der erste Nachkriegssoziologentag, der bereits 1946, also noch in der Trümmerphase abgehalten wurde, läßt jeden Bezug auf die aktuelle gesellschaftliche Situation wie auch die jüngste politische Vergangenheit vermissen. v.Wiese spricht in seinem programmatischen Vortrag unter dem irreführenden Titel "Die gegenwärtige Situation, soziologisch betrachtet" von der zunehmenden "Verknechtung des Menschen durch abstrakte Zwänge"²², vom "Gift ... (das) sich längst über den Erdball verbreitet"²³ und in gewisser Weise mit dem "verhängnisvolle(n) ... Fortleben des uneingeschränkten Marxismus"²⁴ zusammenhängt. Die Kapitulation vor der Wirklichkeit - gepaart mit der Reinwaschung der Soziologie vom Vorwurf des Versagens gegenüber dem Faschismus - demonstriert aber nichts deutlicher als folgende Passage aus seinem Vortrag: "Und doch kam die Pest über die Menschen von außen, unvorbereitet, als ein heimtückischer Überfall. Das ist ein metaphysisches Geheimnis, an das der Soziologe nicht zu rühren vermag."²⁵ Tradition nach 1945 bleibt also, die Wissenschaft Soziologie als inkompetent zur Erfassung gesellschaftlicher Realität zu erklären, zugleich aber mit eindeutigen politischen Aussagen antidemokratische Standfestigkeit zu zeigen. v.Wieses Antikommunismus verblüfft - zumal in einer historischen Epoche, in der der Kapitalismus in Deutschland diskreditiert war und sozialistische Ideen weit verbreitet waren. Ebenfalls erstaunlich ist die Tatsache, daß wiederum er die Initiative ergreifen und den organisationspolitischen Kurs in solcher Eindeutigkeit bereits 1946 festlegen konnte. Die Flucht ins Überzeitliche, die Abwehr gegen die empirische Erforschung der Wirklichkeit, der antidemokratische Impetus und die (schließlich fast gelungene) Strategie, die gesamte Soziologie in dem alten neuen Verband zu integrieren - dieses Programm hat v.Wiese mit ungeheurem persönlichen Einsatz vertreten und zu einem so frühen Zeitpunkt festschreiben können, daß alternative Entwicklungslinien für lange Jahre verstellt waren. Erklärlich ist dieser Vorgang nur, wenn man die Interessen der amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland betrachtet, deren Politik der Tolerierung der Restauration in den ersten Nachkriegsjahren eine Entwicklung begünstigte, die später im Zuge der weltweiten Systemauseinandersetzung unmittelbar funktional für die amerikanische Globalpolitik wurde.²⁶ v.Wiese mag geahnt haben, daß nur die Indienststellung der Soziologie in die antikommunistische Strategie eine solche reibungslose Kontinuität ermöglichte - ein Jahr nach der Niederschlagung des Faschismus ist dies ein erschreckendes Symptom. v.Wieses taktischem Geschick ist es jedenfalls mit zuzuschreiben, daß es gelang, bereits in einer Phase, in der es keine demokratischen Kontrollmechanismen gab, sondern Wissenschaft auf dem Verordnungswege initiiert wurde, die entscheidenden Markierungslinien zu zeichnen. Die wissenschaftspolitische Kontinuität war damit weitgehend gesichert. Ja, es war in gewisser Weise gelungen, neben dem amerikanischen Import des

"empirical social research" die hausgemachten Traditionen empirischer Sozialforschung als Wissenschaftserbe zu retten. Daß letztere in der Zeit des Faschismus entstanden waren und deren Repräsentanten erhebliche Probleme hatten, ihre Nazi-Ideologie zeitgemäß zu modernisieren, sollte sich für die bundesdeutsche Soziologie verhängnisvoll auswirken.

1959: Rückzug aus dem Alltagsgeschäft

Sah es zunächst so aus, als träte die westdeutsche Soziologie, gefördert vom starken Engagement verschiedenster amerikanischer Institutionen (Militärregierung, Privatstiftungen etc.) und beflügelt von der Regulierungsbedürftigkeit vielfältiger gesellschaftlicher Problemfelder (Wiederaufbau, Integration der Gewerkschaften, Automation etc.), in eine Phase des Aufschwungs, so zeigen die gehäuften selbstreflexiven Äußerungen des Jahres 1959 deutliches Krisenbewußtsein.²⁷ Trotz der ab 1955 - mit dem Rücktritt v. Wieses aus allen Ämtern - partiell geleisteten Modernisierung der DGS zu einem wissenschaftlichen Fachverband wurde gegen Ende der 50er Jahre deutlich, daß die DGS um eine Neubestimmung des kognitiven Gehalts und des praktischen Nutzens der Soziologie wie auch der Stellung der Soziologen in der Gesellschaft nicht umhinkam. Die Ursachen für diese Zäsur sind vielfältiger Art: Zum einen war die DGS überfordert, die sich aus der alltäglichen Praxis der Sozialforschung (z.B. in der Industrie) ergebenden wissenschaftstheoretischen Konsequenzen zu ziehen. Zwischen der faktischen Preisgabe der Werturteilsfreiheit von Wissenschaft in der praktischen Sozialforschung und den hehren Grundsätzen der traditionell geprägten DGS klafften Welten, was offensichtlich wurde, als Vertreter einer mehr handwerklich orientierten Soziologie in die DGS strömten.²⁸ Zudem zeigte sich die DGS unfähig, den Weg der Professionalisierung des Faches Soziologie - in Form der Einrichtung von Diplomstudiengängen - fachpolitisch angemessen zu begleiten; der Verband erklärte sich freiwillig für inkompetent, eine Stellungnahme zur faktisch sich vollziehenden Entwicklung abgeben zu können.²⁹ All diese Probleme wurden zusätzlich verschärft - und z.T. in Form der persönlichen Polemik ausgetragen -, weil permanente und sich gegen Ende der 50er Jahre bedrohlich zuspitzende innerorganisatorische Auseinandersetzungen die DGS erheblich lähmten. Der von den zahlenmäßig zeitweilig majoritären "Rechten" in der DGS proklamierte "Bürgerkrieg in der Soziologie" und Schelskys ständige Taktierereien machten eine fachpolitisch wirksame Verbandspolitik völlig unmöglich.³⁰ Die DGS war von der verdrängten Vergangenheit eingeholt worden. Ihre Reaktion bestand darin, den Turnus der Soziologentage bis 1964 zu unterbrechen und den Rückzug in die interne Selbstbesinnung anzutreten. Zu einer offensiven Lösung der Konflikte war sie nicht in der Lage.

1968: "Von den Zeitereignissen überholt" ³¹

Nur wenige Jahre nach der Rückkehr aus der selbstgewählten Klausur sah die DGS sich wiederum in die Defensive gedrängt. Die krisenhaften Entwicklungen am Ende der Adenauer-Ära (politische, Legitimations- und Wirtschaftskrise) mit ihren vielfältigen Erscheinungen auch im akademischen Milieu (Stichwort: Studentenbewegung) demonstrierten zum wiederholten Male die Unfähigkeit der von der DGS repräsentierten Soziologie, gesellschaftliche Entwicklungen zu diagnostizieren bzw. zu prognostizieren. M. Rainer Lepsius, damaliger DGS-Vorsitzender, sprach das Problem 1974

selbstkritisch an: "Von der Studentenbewegung wurde die Soziologie überrascht; die Soziologie hatte sie weder prognostiziert, noch konnte sie sich ihr als einem neuen Erfahrungsobjekt mit hinlänglicher theoretischer und empirischer Sicherheit nähern."³² Viel problematischer als dieses Eingeständnis mangelnder wissenschaftlicher Kompetenz war für die Profession jedoch die Erkenntnis, daß ihre jahrzehntelang erprobte Bereitschaft zur Sinndeutung nicht mehr gefragt war - Lepsius spricht vom "Ende der liberalen, zeitkritischen Funktion, die für das Selbstverständnis von Soziologen bis dahin tragend gewesen war"³³. Die Soziologie mußte mit ansehen, wie ihre zentrale Funktion, der Gesellschaft als "Orientierungshilfe"³⁴ zu dienen, auf andere, außeruniversitäre Institutionen überging. Irritiert durch die Politisierung der Soziologie seitens der Studentenbewegung, irritiert aber auch durch das erstmals massiver auftretende alternative Wissenschaftskonzept des Marxismus und verunsichert durch den gescheiterten Versuch, die Wissenschaft Soziologie per Rezeption des Struktur-Funktionalismus auf eine gesicherte theoretische Basis zu stellen, zog sich die DGS wieder einmal - diesmal für sechs Jahre - zurück, während sie zugleich - paradox genug - trotz ihres zuvor demonstrierten Unvermögens quantitativ in bislang utopischen Dimensionen expandieren und so an der spezifisch sozialliberalen Lösung der Misere partizipieren konnte.

Die umfassenden Bedürfnisse nach sozialwissenschaftlicher Politikberatung, von der sozialliberalen Regierung erstmals in quantitativ wesentlichem Umfang anerkannt und in Forschungsprojekte umgemünzt, gestatteten es den Soziologen, sich im Sozialstaat einzurichten, ohne die Soziologie qualitativ weiterzuentwickeln. Man leistete sich auf den Soziologentagen 1974 und 1976 sogar den Luxus eines Theorievergleichs, der durch sein unverbindliches Nebeneinander kontroverser Ansätze aber zeigte, wie gering entwickelt die Fähigkeit der DGS zum innerwissenschaftlichen Diskurs und zur theoretischen Konsolidierung des Faches war.³⁵ Gravierender jedoch ist die Ausblendung einer Befassung mit der sich ab Mitte der 70er Jahre zunehmend krisenhafter entwickelnden gesellschaftlichen Realität. Trotz der rapide zunehmenden Verwissenschaftlichung gesellschaftlicher Praxis auch durch Soziologie beschäftigte sich noch am Ende der 70er Jahre "ein großer Teil der Soziologen mit selbstgestellten und ex-cathedra für wichtig gehaltenen Problemen"³⁶. Auf die ideologische Offensive des Konservativismus zwecks Vorbereitung der Bonner "Wende", die sich auch in der DGS als "Frontalangriff auf die gegenwärtige Soziologie"³⁷ wiederfand, wurde ebenfalls nur sehr halbherzig reagiert - Matthes etwa sprach von einem Anstoß zur längst überfälligen "Selbst(?)-kritik"³⁸.

1982: Das Ende der Sozialstaat-Illusionen

Schien Schelskys These von der "geistigen Ermattung"³⁹ also plausibel und Kerns Klagen über die "Gefahren, die in der Institutionalisierung der Sozialforschung angelegt sind"⁴⁰ verständlich, so änderte sich das Bild im Jahre 1982 nahezu schlagartig; denn mit der Thematik des 21. Soziologentages 1982 in Bamberg "Krise der Arbeitsgesellschaft?" verbreitete sich der Eindruck, daß die DGS angesichts der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und der politischen "Wende" ihren Gegenstand - die Gesellschaft - wiederzuentdecken begann. H.J. Krysmanski u.a. sahen in der Themenstellung einen "fachpolitische(n)

Reflex der Soziologie auf die Krise des Sozialstaates"⁴¹, die die Professoren zwangsläufig "politisiert"⁴² habe. Doch Bamberg zeigte, daß ein großer Teil der Soziologen bereit war, als geistiger Mitläufer der "Wende" zu agieren, die Politisierung also in einer Richtung vollzogen worden war, die mit Thesen etwa zum "Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft" (Dahrendorf) die Ignoranz gegenüber realen Problemen wie der Arbeitslosigkeit offenbarte. Die DGS legte den klassischen Gegenstand aller Soziologie, die "Industriegesellschaft", ad acta, begab sich auf die Suche nach der Postmoderne und demonstrierte wieder einmal, wie tief die Krise der Soziologie um sich gegriffen hatte und die Funktionalisierung der DGS für konservative Positionen vorangeschritten war. Auch der in die Debatte gebrachte Vorschlag, die fachinterne Öffentlichkeit durch eine neue Organisationsform des Soziologentages wieder einzuschränken, ist – blickt man zurück in das Jahr 1922 – ein deutliches Symptom für das Ausweichen der DGS vor der Wirklichkeit. Einzig Burkhardt Lutz hatte in Bamberg die Courage zu fragen, ob der Begriff "Krise" im Tagungsthema tatsächlich auf die reale Krise oder nicht eher auf das gebrochene Verhältnis der Soziologie zu ihrem Objekt hinweise.⁴³

1984: 75 Jahre danach – vor der Entscheidung?

75 Jahre nach der Gründung der DGS befindet sich die bundesdeutsche Soziologie wieder einmal in einer Situation, in der die politische und soziale Realität wie auch die Lage des eigenen Faches nach klaren und auf gesicherten Forschungsergebnissen basierenden Stellungnahmen verlangen. Es bleibt abzuwarten, wie die DGS den zunehmenden Relevanzverfall des Faches und die damit einhergehenden berufspolitischen Probleme (Soziologenarbeitslosigkeit) bewältigt. Das Vordringen sowohl konservativer Problemlösungsstrategien als auch konservativer Paradigmen in der Soziologie ist unverkennbar, wenn auch Gegentendenzen nicht übersehen werden dürfen. So begibt sich die DGS mit ihrem 22. Soziologentag 1984 in Dortmund mitten in die feindliche Wirklichkeit und will dort die Prognosefähigkeit des Faches unter Beweis stellen. Wenn aber eine Gruppe renommierter Soziologen den "Diagnose- und Handlungswert soziologischer Forschung", ja die Eignung von "Soziologie als Krisenwissenschaft" ausgerechnet "am Beispiel des Terrorismus"⁴⁴ diskutieren will, so scheint sich hierin die Tradition der Blindheit gegenüber der sozialen und politischen Realität, so wie sie weite Passagen der DGS-Geschichte prägte, fortzusetzen.

Die bundesdeutsche Soziologie steht offensichtlich vor einer Entscheidung, die unausweichliche Konsequenzen für die Standesorganisation DGS haben muß: Kapitulierte sie – wie schon so oft – vor der Wirklichkeit, oder sucht sie den gesellschaftspolitischen (oder friedenspolitischen⁴⁵) Konsens auch außerhalb der Profession, den sie braucht, um als Fach glaubwürdig bleiben und wirksam werden zu können?

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu: J. Weyer, Überblicksbericht: Soziologie im Faschismus. Ein düsteres Kapitel Wissenschaftsgeschichte im Lichte neuerer fachhistorischer Publikationen, in: Das Argument 1984 (Heft 146); J. Weyer, Die Last der Vergangenheit. Neuere Publikationen zur Geschichte der deutschen Soziologie, in: Leviathan 1984

- 2 J. Matthes, Die Soziologen und die Zukunft, in: ders. (Hrsg.), Krise der Arbeitsgesellschaft?, Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt/New York 1983, S. 22 und S. 23
- 3 C. v. Ferber, Der Werturteilsstreit 1909/1959. Versuch einer wissenschaftsgeschichtlichen Interpretation, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1959, S. 28
- 4 L. v. Wiese, Erinnerungen, Opladen 1957, S. 52
- 5 ders., Nach abermals sechs Jahren und zum letzten Mal, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie 1953/43, S. 347
- 6 ders., Erstes Vorwort, in: Verhandlungen des Achten Deutschen Soziologentages vom 19. bis 21. September 1946 in Frankfurt a.M., Tübingen 1948, S. 2
- 7 B. Meurer, Vom bildungsbürgerlichen Zeitvertreib zur Fachwissenschaft – Die deutsche Soziologie im Spiegel ihrer Soziologentage, in: B. Heidtmann, R. Katzenstein (Hrsg.), Soziologie und Praxis, Studium, Forschung, Köln 1979, S. 217
- 8 H. Kern, Empirische Sozialforschung. Ursprünge, Ansätze und Entwicklungslinien, München 1982, S. 128
- 9 Siehe dazu: H. Schelsky, Zur Entstehungsgeschichte der bundesdeutschen Soziologie. Ein Brief an Rainer Lepsius, in: ders., Rückblicke eines "Anti-Soziologen", Opladen 1981; R. König, Über das vermeintliche Ende der deutschen Soziologie vor der Machtergreifung des Nationalsozialismus, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1984, S. 1 – 42
- 10 vgl. H. Maus, Der Achte Deutsche Soziologentag, in: Umschau 1947, S. 94
- 11 M.R. Lepsius, Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg, in: G. Lüschen (Hrsg.), Deutsche Soziologie seit 1945, Opladen 1979, S. 29
- 12 Vgl. dazu: J. Weyer, Die Entwicklung der westdeutschen Soziologie von 1945 bis 1960 in ihrem institutionellen und gesellschaftlichen Kontext, Berlin 1984, Kap. II.2.1; M. Neumann, Soziologie in Göttingen (1920 – 1950). (Eine kommentierte Chronologie), in: H.-J. Dahms (Hrsg.), Die Universität Göttingen während der Zeit des Nationalsozialismus, Göttingen 1984, dort v.a. Anm. 13
- 13 L. v. Wiese, Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie. Persönliche Eindrücke in den ersten 50 Jahren, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1959, S. 17. v. Wiese beschreibt hier die Taktik der DGS folgendermaßen: Nach Tönnies erzwungenem Rücktritt habe man ein "Drei-Männer-Kollegium" (Sombart, Freyer, v. Wiese) als "Kompromißlösung" gebildet. Als diese nicht mehr aufrechterhalten werden konnte, wurde "Freyer zum 'Führer' erklärt, wie es den Wünschen des Kultusministeriums entsprach." Demgegenüber beschreibt jedoch M. Neumann – gestützt auf Quellen – die Stilllegung als Resultat unlösbarer interner Rivalitäten zwischen Freyer und SS-Wissenschaftspapst (Schelsky) Reinhard Höhn um die DGS-Präsidentschaft (vgl. Anm. 12)

- 14 Die Unmöglichkeit, die Praxis der NS-Soziologie begrifflich-theoretisch zu erfassen, reflektiert Pfeffer in aller Deutlichkeit und Offenheit: K.H. Pfeffer, *Die Soziologie in Deutschland*, in: W. Bergmann u.a., *Soziologie im Faschismus 1933 - 1945. Darstellung und Texte*, Köln 1981, S. 111 - 123
- 15 C. Klingemann, *Vergangenheitsbewältigung oder Geschichtsschreibung? Unerwünschte Traditionsbestände deutscher Soziologie zwischen 1933 und 1945*, in: S. Papcke (Hrsg.), *Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland*, Darmstadt 1984
- 16 L. v. Wiese, a.a.O. (vgl. Anm. 6), S. 3
- 17 Hans Freyer an Christian v. Eckert, o.D., zit. n. Eckert an v. Wiese v. 26.4.1946, in: *Archiv der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, Mannheim
- 18 H. Himmler, zit. n. W. Emmerich, *Germanistische Volkstumsideologie. Genese und Kritik der Volksforschung im Dritten Reich*, Tübingen 1968, S. 204
- 19 zit. n. Hochschule für Politik, *Jahrbuch 1940*, Berlin 1940, S. 298
- 20 Siehe u.a.: J. Weyer, *Die Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet (1935 - 1941) - ein Beispiel für Soziologie im Faschismus*, in: *Soziale Welt* 1-2/1984
- 21 L. v. Wiese, a.a.O. (vgl. Anm. 13), S. 17 f
- 22 ders., *Die gegenwärtige Situation, soziologisch betrachtet*, in: *Verhandlungen des Achten Deutschen Soziologentages*, a.a.O. (vgl. Anm. 6), S. 27
- 23 ebd., S. 38
- 24 ebd., S. 31
- 25 ebd., S. 29
- 26 Siehe dazu: J. Weyer, a.a.O. (vgl. Anm. 12), v.a. Kap. II.7 und Kap. V
- 27 R. Dahrendorf, *Betrachtungen zu einigen Aspekten der gegenwärtigen deutschen Soziologie*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1959, S. 132 ff; H. Schelsky, *Ortsbestimmung der deutschen Soziologie*, Düsseldorf/Köln 1959; H. Plessner, *Ansprache des Präsidenten der Gesellschaft*, in: *Verhandlungen des vierzehnten Deutschen Soziologentages vom 20. bis 24. Mai 1959 in Berlin*, Stuttgart 1959, S. 8 ff u.v.a.m.
- 28 Erkannt und auf den Begriff gebracht wurde dieses Problem seinerzeit einzig von C. v. Ferber, a.a.O. (vgl. Anm. 3)
- 29 L. v. Wiese an Alva Myrdal am 2.11.1954; Protokoll der DGS-Vorstandssitzung vom 6.3.1961, S. 4; beide in: *Archiv der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, Mannheim. Vgl. auch: J. Weyer, a.a.O. (vgl. Anm. 12), Kap. II.3.1

- 30 Der von Gunther Ipsen, Karl Valentin Müller, Freyer u.a. getragene "Bürgerkrieg in der Soziologie" (der Begriff stammt von Ipsen), der 1950/51 und 1958/59 bedrohlich eskalierte, war von den "Rechten" mit dem Ziel ausgerufen worden, die liberal-konservative DGS-Führung zu stürzen und den Prozeß der Rehabilitation erwiesener Faschisten bzw. deutlicher NS-Sympathisaten auch organisationspolitisch voranzutreiben. Siehe dazu ausführlich: J. Weyer, *Der Bürgerkrieg in der Soziologie. Die westdeutsche Nachkriegssoziologie zwischen Amerikanisierung und Restauration*, in: S. Papcke, a.a.O. (vgl. Anm. 15)
- 31 M.R. Lepsius, a.a.O. (vgl. Anm. 11), S. 53
- 32 M.R. Lepsius, *Ansprache zur Eröffnung des 17. Deutschen Soziologentages: Zwischenbilanz der Soziologie*, in: ders. (Hrsg.), *Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages vom 31. Oktober bis 2. November 1974 in Kassel*, Stuttgart 1976, S. 7
- 33 ebd., S. 8 (Herv. J.W.)
- 34 ebd.
- 35 Vgl. H. Holzer, *Soziologie in der BRD. Theorienchaos und Ideologieproduktion*, Frankfurt/Main 1982
- 36 J. Hülsmäcker, R. Schellhase, *Soziologie in der Bundesrepublik. Anmerkungen zum 20. Deutschen Soziologentag*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1980, S. 1387
- 37 J. Matthes, *Soziologie: Schlüsselwissenschaft des 20. Jahrhunderts?* in: ders. (Hrsg.), *Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980*, Frankfurt/New York, S. 15. Zur ideologischen Vorbereitung der Bonner "Wende" durch den Konservatismus siehe: F. Schaefer, *Konservative Intelligenz in der Bundesrepublik der siebziger Jahre - am Beispiel der Zeitschrift "Criticón"*, Marburg 1984 (unveröffentl. Ms.)
- 38 ebd., S. 26
- 39 H. Schelsky, a.a.O. (Vgl. Anm. 9), S. 14
- 40 H. Kern, a.a.O. (vgl. Anm. 8), S. 250
- 41 Arbeitsgruppe am Institut für Soziologie der Universität Münster, *Die Krise des Sozialstaates und die Soziologie. Thesen zum Soziologentag 1982 in Bamberg unter dem Titel "Krise der Arbeitsgesellschaft?"*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1982, S. 1128
- 42 ebd., S. 1127
- 43 Siehe: J. Matthes (Hrsg.), a.a.O. (vgl. Anm. 2) und eigene Aufzeichnungen
- 44 *Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung*, 22. Deutscher Soziologentag, Programmübersicht
- 45 H.J. Krysmanski, *Vom Politischwerden der herrschenden Soziologie in der Bundesrepublik*, in: *Marxistische Studien*, Jahrbuch des IMSF 6/1983